

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Badische Presse. 1890-1944 1918**

27 (17.1.1918) Mittagausgabe

# Badische Presse.

General-Anzeiger der Residenzstadt Karlsruhe und des Großherzogtums Baden.  
Unabhängige und am meisten gelesene Tageszeitung in Karlsruhe.  
Wöchentlich 1 Nummer „Karlsruher Unterhaltungsblatt“ mit Illustrationen.  
Weltans größte Bezahlerzahl von allen in Karlsruhe erscheinenden Zeitungen.

Eigentum und Verlag von  
Herrn Thiergarten.  
Chefredakteur: Albert Herzog.  
Verantwortlich für allem. Recht  
und Verhältnisse: Anton Kuhnle,  
für badische Politik, Lokale, bad.  
Chronik und den allgemeinen Teil:  
H. v. Tschudi, für den Anzeiger-  
teil: A. Kuhnle, sämtl. im  
Karlsruhe i. B.  
Verleger: Thiergarten, Berlin W 10.

Anzeigen:  
Die Badische Zeitung 20 Pf.  
Die Badische Zeitung 1 Pf.  
an 1. Stelle 1.25 Pf. die Zeile,  
anherum ab 1. Dezember 1917  
10% Zuzahlung zuzüglich.  
Bei Wiederholungen anderer Art, bei  
langen Beiträgen und bei Anzeigen  
anderer Art.  
Postfach: Karlsruhe Nr. 2024.

**Bezugs-Preise:**  
A ohne „Mittl. Weltansch.“  
B mit „Mittl. Weltansch.“  
In Karlsruhe: Ausgabe A B  
monatlich  
Im Verlage abnehmt 1.12 1.32  
in b. Bezugsstellen „ 1.17 1.37  
frei ins Haus ge-  
liefert 1.25 1.45  
Zudem: bei Ab-  
holung a. Postschalter 1.12 1.32  
Durch d. Briefträger  
inkl. 2mal ins Haus 1.30 1.57  
Einzel-Nummer . . . 10 Pf.  
Geschäftsstellen:  
Köln- und Dammstr.-Ecke, nächst  
Kaiserstraße und Marktplatz.  
Preis: ob. Tel.-Nr. lautet nicht  
auf Namen, sondern:  
„Bad. Presse“, Karlsruhe.

Nr. 27. Telefon: Geschäftsstelle Nr. 86. Karlsruhe, Donnerstag den 17. Januar 1918. Telefon: Redaktion Nr. 300. 34. Jahrgang.

## Deutscher Heeresbericht.

(Meldungsbericht.)

WB. Berlin, 16. Jan. (Amtlich.) Am Befehle des Monte Vertica scheiterten gestern nachmittags mehrere Angriffe der Italiener. Von den anderen Kriegshauptplätzen nichts Neues.

## Die Friedensverhandlungen mit Rußland.

WB. West-Berlin, 16. Jan. (Nicht amtlich.) Am 14. Januar um 5 Uhr nachmittags, hielt die Kommission zur Beratung der territorialen Fragen ihre 4. Sitzung ab.

### Die Antwort der Verbündeten.

Staatssekretär von Kühlmann teilte mit, daß die verbündeten Regierungen zu dem Entschluß gekommen seien, die formulierten Vorschläge der russischen Regierung ihrerseits gleichfalls in formulierter Form mündlich zu beantworten. Er hatte aber die Art, gegenseitig mit formulierten Schriftstücken zu verhandeln, für außerordentlich zeitraubend und wenig fruchtbar. Es werde sich empfehlen, die Materie durchzusprechen und dann von beiden Seiten je einen Herrn zur Reduktion zu beauftragen. Diese beiden Herren könnten eine gemeinsame Fassung suchen und, falls dies nicht möglich wäre, die gegenseitigen Differenzpunkte festlegen.

### materielle Antwort der Verbündeten

zur Beilegung, in der es heißt:

„Die russischen Vorschläge, betreffend die besetzten Gebiete Rußlands, weichen demnach von der Ansicht der Verbündeten ab, daß sie in der vorliegenden Form als unannehmbar bezeichnet werden müssen. Sie tragen nicht den Charakter des Kompromisses, sondern stellen einseitige russische Forderungen dar. Trotzdem sind die österreichisch-ungarischen und die deutsche Delegation bereit, nochmals und diesmal formulierend ihre Anschauungen über die obenbenannten Fragen klar zum Ausdruck zu bringen und einen Versuch zu unternehmen, ob der von ihnen angebotene Kompromiß eine Aussicht auf Verwirklichung behaltend ist.“

„Es muß auch darauf hingewiesen werden, daß für die Mittelmächte mit dem Abschluß des Friedens mit Rußland keineswegs auch der allgemeine Frieden verbunden ist.“

„Die verbündeten Delegationen erklären aufs neue, daß sie der Ansicht sind, die verfassungsmäßig zustehenden Organe in den neuen Staatsgebilden seien als vollkommen befähigt anzusehen, den Willen breiter Massen der Bevölkerung auszusprechen. Von großer Bedeutung für die Frage der Einsetzung von Staatsoberhäuptern ist das Urteil des Obergerichtshofes in Washington vom Juni 1908, in dem ausgesprochen worden ist, daß die souveränen Rechte der Bevölkerung in dem ausgedehnten Gebiet, das die Vereinigten Staaten von Nordamerika als voll und ganz bestehend anerkannt werden müssen vom Tage der Verkündung ihrer Unabhängigkeit — d. i. seit dem 4. 7. 1776 — ganz unabhängig von einer Anerkennung seitens Englands im Vertrage von 1782 (Treaty of Recognition of the Independence of the United States of America) bestehen.“

„Die verbündeten Delegationen nehmen Akt von der Erklärung, daß die russische Regierung aus der Tatsache der Zugehörigkeit der besetzten Gebiete zum Reich des früheren russischen Kaiserreiches ihrerseits keine Schlüsse zieht, die irgendwelche tatsächliche Verpflichtungen der Bevölkerung dieser Gebiete im Verhältnis zur russischen Republik aufzulegen würden, und daß die alten Grenzen des früheren russischen Kaiserreiches, die Grenzen, die durch Gewalttaten und Verbrechen gegen die Völker gebildet wurden, insbesondere gegen das polnische Volk, zusammen mit dem Zerstoßen verfallener Städte, ebenso davon, daß von der russischen Regierung deswegen die Gewandlung der jetzt geführten Verhandlungen nicht darin besteht, in irgendwelcher Weise das weitere zwangsweise Verbleiben der genannten Gebiete im Rahmen des russischen Reiches zu verteidigen, sondern in der Sicherung der wirklichen Freiheit und Selbstbestimmung der inneren Staatsanrichtungen und der internationalen Rechte besteht.“

„In diesem Zusammenhang wäre die Frage aufzuwerfen, aus welchem Rechtsverhältnis die gegenwärtige russische Regierung ihre Berechtigung und Verpflichtung ableitet, für die Sicherung der wirklichen Freiheit und Selbstbestimmung dieser Gebiete bis zum äußersten, das heißt unter Umständen bis zur Fortsetzung des Krieges einzutreten. Wenn die Tatsache, daß die besetzten Gebiete zum Reich des früheren russischen Kaiserreiches gehörten, keinerlei Verpflichtung der Bevölkerung dieser Gebiete gegen die russische Republik begründet, ist nicht ohne weiteres ersichtlich, worauf die russische Republik ihrerseits ihre Rechte und Pflichten gegen diese Bevölkerung gründen will. Dält man sich aber — wie die russische Delegation dies tut — auf dem Standpunkt, daß die russische Republik ein derartiges Recht besitzt, so sind in der Tat

der Umfang des Territoriums, die politische Voraussetzung für die Ausübung des Selbstbestimmungsrechtes, das Übergangsregime und die Form der Willensäußerung, die vier Punkte, über die verhandelt werden muß, Einigkeit zu erzielen.“

„Zu Punkt eins: Die Behauptung, das Selbstbestimmungsrecht habe Nationen und nicht Teile von Nationen zu, entspricht nicht unserer Auffassung des Selbstbestimmungsrechtes. Auch Teile von Nationen können ihre Selbstständigkeit und Absonderung rechtlich beschließen. Es ist hierbei keineswegs angenommen, daß die Staatsgrenzen für die Abgrenzung dieser Gebiete maßgebend sein soll. Rußland, Albanien und Polen bilden auch historisch angelegene Einheiten.“

„Dankend und dankend haben wir die Ansicht, daß die jetzt von ihnen besetzten Gebiete einzuzerlegen, sie beabsichtigen nicht, die fraglichen Gebiete zur Annahme dieser oder jener Staatsform zu nötigen, müssen aber sich und den Vätern der besetzten Ge-

biete für den Abschluß von Verträgen dieser Art freie Hand vorbehalten.“

„Zu Punkt zwei: Was die Ausführungen hierzu betrifft, so gehen sie an dem grundlegenden Unterschied vorbei, auf den die verbündeten Delegationen immer wieder hingewiesen werden: Eine Zurückziehung der Meere ist, solange der Weltkrieg dauert, unmöglich, jedoch kann angestrebt werden, die Truppen, falls die militärischen Umstände es gestatten, auf diejenige Zahl zurückzuführen, die zur Aufrechterhaltung der Ordnung und der technischen Betriebe im Lande unbedingt nötig ist. Das Bild einer nationalen Gendarmerie kann angestrebt werden.“

„Was die Klüftung der Fronten und der während des Krieges eingeübten Verhältnisse betrifft, so wird eine wohlwollende Prüfung von Fall zu Fall zugefügt. Diese Frage kann, da sie nicht von ausschlaggebender politischer Bedeutung ist, einer besonderen Kommission überwiesen werden.“

„Zu Punkt drei: Der russische Vorschlag ist in seinen Einzelheiten nicht klar genug und bedarf einer weiteren Aufhellung. Es ist aber ohne weiteres anzunehmen, daß mit der fortwährenden Unterstützung des allgemeinen Friedens den gewählten Vertretern der Bevölkerung des Landes in immer steigendem Umfange die Mitwirkung auch an den Verwaltungsaufgaben eingeräumt werden soll.“

„Zu Punkt vier: Die verbündeten Delegationen sind grundsätzlich bereit, zuzustimmen, daß ein Volksvotum auf breiter Grundlage die Beschlüsse über die staatliche Zugehörigkeit der Gebiete sanktionieren könne. Eine einseitige Festlegung auf ein Referendum erscheint unpraktisch. Auch ein Votum einer auf breiter Grundlage gewählten und ergänzten repräsentativen Körperschaft würde nach Anhörung der verbündeten Delegationen genügen. Es mag darauf hingewiesen werden, daß auch die von der Regierung der Volksrepublik anerkannten Staatsbildungen innerhalb des ehemaligen russischen Kaiserreiches, wie zum Beispiel die Ukraine und Finnland, nicht im Wege eines Referendums, sondern durch Beschluß von auf breiter Grundlage gewählten Nationalversammlungen erfolgten.“

„Von dem Wünsche befehle, es neuerdings zu versuchen, zu einer Verständigung mit der russischen Regierung zu gelangen, haben die Regierungen Österreich-Ungarns und Deutschlands diese weitgehenden Vorschläge gemacht, fügen jedoch gleichzeitig hinzu, daß sie den äußersten Rahmen bilden, innerhalb dessen sie eine friedliche Verständigung noch erhoffen können. Sie waren bei der Entwicklung dieser Grundgedanken von der Pflicht gemessen Rücksicht durchdrungen, die eigene Verantwortlichkeit nicht schwächen zu lassen, solange der ungeliebte Krieg noch fortgeht, als auch von der Intention, einige Völker, die an ihre Gebiete angeschlossen sind, in den endgültigen und selbstständig über ihre eigene Zukunft zu entscheiden, ohne dabei in den Zustand der äußersten Not, des Elends und der Verzweiflung zu geraten.“

„Eine Verständigung zwischen Rußland und den Mittelmächten über diese schwierigen Fragen jedoch ist nur dann möglich, wenn auch Rußland den russischen Willen zeigt, zu einer Vereinbarung gelangen zu wollen und wenn es, anstatt des Versuches, einseitige Diktate aufzuzwingen, sich bemüht, die Fragen auch von der Gegenseite aus zu betrachten und jenen Weg zu finden, der allein zu einem friedlichen Ergebnis führen kann. Nur unter der Voraussetzung solcher Intentionen können die Delegationen der verbündeten Mächte noch an der Hoffnung einer friedlichen Beilegung des Konfliktes festhalten.“

### Die Erwiderung Trojky.

Hierauf ergriff Herr Trojky das Wort und erklärte, er hoffe, daß die eben verlesene Antwort der Zentralmächte jedenfalls die Zweifel über die formellen Schwierigkeiten beseitigt habe, die für die russische Delegation durch die in der vorigen Sitzung geäußerte Rede des Generals Hoffmann entstanden wären. Die russische Delegation sei der Ansicht, daß sie im vorliegenden Falle die Verhandlungen mit einer Partei führe, die verlorpernt werde durch die deutsche Regierung. Der Herr Staatssekretär habe darauf hingewiesen, daß alle Punkte dieser Verhandlung aus dem allgemeinen politischen Willen der deutschen Regierung herrühren. Solange diese Ansicht von niemandem formell widerlegt sei, sehe die russische Delegation dies als formelle Erklärung an.

Wenn General Hoffmann darauf hingewiesen habe, daß die russische Regierung sich auf ihre Machtstellung begründe und mit Gewalt vorgehe gegen alle Andersdenkenden, die sie als Gegenrevolutionäre und Bourgeois kenne, so müsse allerdings bemerkt werden, daß auch die russische Regierung auf der Macht ruhe. In der ganzen Geschichte kenne man bisher keine anderen Regierungen. Solange die Gesellschaft aus kämpfenden Klassen bestehe, solange werde auch die Macht einer Regierung auf der Macht begründet und durch Gewalt ihre Herrschaft behauptet.

Er müsse aber auf das kategorische gegen die Behauptung protestieren, daß seine Regierung jeden Andersdenkenden als vogelfrei erkläre. Das, was die Regierungen anderer Länder bei den Handlungen der russischen Regierung abstoße, sei die Richtung, in der sie von ihrer Macht Gebrauch macht und in der sie sich durchaus nicht beirren lasse. So hätten er und seine Freunde, als die rumänische Regierung verlor, auf russisches Gebiet Gewaltmaßnahmen gegen revolutionäre Soldaten und Arbeiter anzuwenden, von hier aus der Petersburger Regierung vorgeschlagen, den rumänischen Soldaten das gesamte Gefandtschaftspersonal und die rumänische Militärmission zu verhaften, und sie hätten die Antwort erhalten, daß dies bereits geschehen sei.

Anschließend daran führte Herr Trojky folgendes aus: Was die beiden Beispiele anbelangt, die General Hoffmann anführte, so charakterisieren diese in keiner Weise unsere Politik auf dem Gebiete der nationalen Fragen. Wir haben Erkundigungen eingelesen über den wehrlosen Kongreß. Dieser Kongreß setzte sich zusammen aus Vertretern der weißrussischen Agrarier und hatte versucht, sich einer bestimmten Stützpunkte zu bemächtigen, die Eigentum des weißrussischen Volkes sein müssen. Und wenn er auf Widerstand gestoßen ist, so trägt dieser Widerstand von Soldaten her, unter denen in gleicher Weise Groß-Russen, Weiß-Russen und Klein-Russen ver-

treten waren. Die Konflikte zwischen uns und der Ukraine, die zu meinem Bedauern noch nicht vollständig beseitigt sind, können in keiner Weise das Recht des ukrainischen Volkes auf Selbstbestimmung beschränken.“

Herr Trojky kam hierauf auf das Schicksal der besetzten Gebiete zu sprechen und meinte, aus den bisherigen Ausführungen der deutschen Vertreter den Schluß ziehen zu können, daß die Entschädigung des Schicksals dieser Gebiete erfolgen solle ohne Rücksicht darauf, ob das eigene Volk bereits imstande sei, die Entschädigung in die Hand zu nehmen. Der oberste amerikanische Gerichtshof habe seine Rechtsphilosophie sehr häufig geändert, je nachdem es möglich gewesen sei, das Gebiet der Vereinigten Staaten zu erweitern oder nicht.

Was die Form des Verhandels anlangt, so halte er die russische Delegation für notwendig, gerade diejenigen Punkte in den Verhandlungen zu stellen, die den Gegenstand von Meinungsverschiedenheiten bilden, und dies mit aller genügenden Entschlossenheit, weil nur in diesem Falle eine greifbare Lösung gefunden werden könne.

Der Vorsitzende der deutschen Delegation habe gefragt, aus welchen Quellen die russische Delegation die Berechtigung herleite, sich für das Schicksal der besetzten Länder zu interessieren. Aber auch der Herr Staatssekretär habe sein Recht nicht aus der nackten Tatsache der Besetzung hergeleitet, sondern aus dem Prinzip des Selbstbestimmungsrechtes der Völker, welches er allerdings etwas restriktiv interpretierte. Dieses Prinzip gelte aber nicht weniger für die russische Delegation.

### Aus der Diskussion.

Hierauf ergriff Staatssekretär von Kühlmann das Wort und führte u. a. aus:

„Was die Rede des Herrn Generals Hoffmann betrifft, möchte ich sowohl für mich als für den Herrn General Hoffmann ausdrücklich das Recht vorbehalten, auf diese Angelegenheit zurückzukommen. Die staatsrechtliche Zuständigkeit des Deutschen Reiches hat der Herr Staatssekretär vollkommen richtig charakterisiert. Der Herr Reichskanzler, der einzige verantwortliche Reichsminister, erteilt auf dem gesamten Gebiete der auswärtigen Politik die für seine Organe maßgebenden Instruktionen. Uebrigens ist es bei der engen politischen Ueberrückbindung, in der ich mich mit dem Herrn General Hoffmann befinde, vollkommen selbstverständlich, das zwischen unseren Auffassungen keinerlei Zwiespalt besteht. Der grundlegende Unterschied zwischen unserer Auffassung und der der russischen Delegation ist, daß wir im Gegensatz zu ihr auf dem Vordringen aufbauen und daß wir es ablehnen, aus reiner Liebeskrieger gegen die Theorie erst einen Inhalt leeren Raum zu schaffen.“

„Ueberrascht hat mich die geringfügige Bewertung der Urteile des obersten amerikanischen Gerichtshofes durch Herrn Trojky. Im übrigen nehme ich mit Befriedigung Notiz von dem Schluß der Ausführungen des Herrn Vortragenden, daß er und seine Delegation nunmehr gesonnen sind, in die wirkliche Diskussion und Klärung der Einzelheiten der uns trennenden Auffassungen einzutreten. Ich schlage vor, uns an die weitere von der russischen Delegation vorgeschlagene Arbeitsmethode zu halten und über die vier Punkte, wie sie in unserer Antwort aufgezogen sind, nun wirklich in die Detail-Diskussion einzutreten. Ich hoffe, daß wir dann in wenigen Tagen so weit sein werden, daß die Schwierigkeiten überwunden werden können oder der hier gemachte Versuch aufgegeben werden muß.“

Herr Trojky erklärte hierauf: Seines Vorgesetzten könne man jetzt zu der Beratung der beiden Antworten, die vorgeschlagen worden seien, übergehen. Er müsse jedoch nochmals betonen, daß er in der Frage der Zurückziehung der Truppen in keiner Weise der Ansicht des deutschen Vorschusses beitreten könne, daß angeblich die Entfernung der Besatzungstruppen hinter diesen einen leeren Raum zurücklassen würde. In wie weit es sich um technische Schwierigkeiten handelt, wie das Fehlen einer eigenen Eisenbahn, Post usw., so könne man in solchen Fragen zu einer Einigung gelangen auch ohne Kontrolle von Besatzungstruppen.

Dem gegenüber wies Staatssekretär v. Kühlmann darauf hin, daß neben den technischen Gründen auch die Gründe der Sicherheit in den betreffenden Gegenden eine sehr wichtige Rolle spielten. Sodann beantragte Herr v. Kühlmann, nunmehr über die von der russischen Delegation selbst vorgeschlagenen vier Punkte in eine geschäftsmäßige Behandlung einzutreten.

Nachdem sich Herr Trojky diesem Vorschlag angeschlossen hatte, wurde die nächste Sitzung für den folgenden Tag, 11 Uhr vormittags, anberaumt.

### Sitzung der Delegierten der Verbündeten.

WB. West-Berlin, 16. Jan. (Nicht amtlich.) Im Laufe des heutigen Vormittags versammelten sich die Delegierten der vier verbündeten Mächte zu einer internen vertraulichen Besprechung. Staatssekretär v. Kühlmann gab in längerer Rede Ausblick über den Stand der mit der russischen Vertretung in den letzten Tagen geführten Verhandlungen zur Regelung der politischen und territorialen Fragen.

Die Vorsitzenden der verbündeten Vertretungen brachten dem Staatssekretär v. Kühlmann einmütig ihren Dank und ihre vollste Zustimmung zum Ausdruck.

Eine vertrauliche Besprechung des Generalen Czernin mit den ukrainischen Delegierten, an welcher auch die deutsche Delegation teilnahm, führte zur Herstellung eines prinzipiellen Einverständnisses über die das künftige politische Verhältnis zwischen den Mittelmächten und der Ukraine betreffenden Fragen. Für morgen ist eine Fortsetzung dieser Besprechungen anberaumt. Es sollen dann auch wirtschaftliche Fragen erörtert werden.

Der bayerische Vertreter für Graf-Bismarck

WB. München, 16. Jan. (Nicht amtlich.) Die bayerische „Staatszeitung“ meldet: Nach Beratung mit der Reichs-

leitung wird an den Friedensverhandlungen mit Rußland auch ein bayerischer Vertreter teilnehmen. Er wird als Mitglied der Delegation des Deutschen Reiches durch den Reichskanzler seine Instruktionen erhalten.

WTB. Berlin, 17. Jan. (Nicht amtlich.) Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ schreibt: Der bevorstehenden Entsendung des Königl. Bayerischen Staatsministers a. D. Grafen v. Podewils nach West-Berlin liegt, wie wir hören, eine Vereinbarung zu Grunde, die im Anschluß an das Versailler Uebereinkommen vom 23. Jan. 1870 zwischen Preußen und Bayern getroffen und preußischerseits am 14. Febr. 1871 ratifiziert wurde.

Der Reichstag und die Friedensverhandlungen.

— Berlin, 17. Jan. Wie der „Berl. Lok.-Anz.“ erfährt, sind die Parteiführer gestern abend wiederum von dem Unterstaatssekretär Frehr. v. d. Busche im Auswärtigen Amte zu einer Besprechung über die Lage empfangen worden.

— Berlin, 17. Jan. Die Rede des Reichskanzlers Grafen Hertling im Hauptauschuß des Reichstages, die für Freitag erwartet wurde, ist, wie neuerdings in parlamentarischen Kreisen verlautet, nunmehr noch weiter hinausgeschoben worden.

Eine Erklärung der „Nordd. Allg. Zeitung.“ — Berlin, 17. Jan. In einem Artikel „Die Erklärung in West-Berlin“ jagt die „Nordd. Allg. Zeitung“:

Die Antwort des Reiches, die die Unterlagen für die letzten Verhandlungen in West-Berlin bilden, bedeutet sicherlich einen ausschlaggebenden Schritt zur Klärung und damit zur Verständigung.

Der Gegenstand wird vertieft dadurch, daß die russischen Forderungen sich auf dem Boden der Theorie bewegen, während die deutschen Vorlagen Tatsachen zur Unterlage haben und gerade darin eröffnet sich auch die Möglichkeit seiner Überwindung.

Aus dem neuen Rußland.

Rußland und die Entente.

— Bern, 17. Jan. Der russische Mitarbeiter des Berner „Bund“ erfährt aus Helsingfors, daß die Engländer noch immer über die Radiostation in Archangelsk verfügen, von wo aus das Reutersche Büro und die Agence Havas ihre Berichte über die Lage in Rußland nach Westeuropa gelangen lassen.

Attentatsversuch auf Lenin.

WTB. Petersburg, 16. Jan. (Nicht amtlich.) Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur. Als Lenin gestern eine Abteilung der sozialistischen Roten Garde, die zur Front abging, begleitet hatte und im Automobil zurückkehrte, wurden auf ihn vier Revolvergeschosse ohne Erfolg abgefeuert.

Mauseken.

Roman von Horst Bodemer.

(16. Fortsetzung.)

Die Kriegswolken zogen auf! Jetzt konnte Zupp Horres nicht mehr an Gertrud Glimmings Verlobung mit Soltensstern denken. Landstürmer rüdten in Friedrichshafen ein, bevor der Mobilmachungsbefehl auf den Drähten lag.

Wie er eines Tages mit hängendem Kopf durch die Werkstatt ging, begegnete ihm der Graf Zeppelin, rebete ihn freundlich an.

„Ganz gehorsamsten Dank, Erzellenz,“ sagte der Zupp, aber sein trauriges Gesicht hätte sich nicht beträchtlich auf-

Der Krieg mit Italien.

Italien und die Ententeverträge.

— Lugano, 16. Jan. Die offizielle italienische Agentur Volta hat eine Rundfrage bei maßgebenden Politikern Rom ange stellt, um ihre Ansichten über die Reden Lloyd Georges und Wilsons zu erfahren.

Ereignisse zur See.

WTB. Amsterdam, 16. Jan. (Nicht amtlich.) Die niederländische Tel.-Ag. meldet aus Rotterdam, daß der Dampfer „Westvolden“ 15 Meilen nordwestlich von Scheveningen gesunken sei.

WTB. Rotterdam, 16. Jan. (Nicht amtlich.) „Maasbode“ meldet, der Segler „Johann Wille“ ist gestrandet und wird, der belgische Dampfer „John“ ist nach einem Zusammenstoß gesunken, der französische Segler „Phoebe“ ist infolge Sturm gesunken.

WTB. Bern, 16. Jan. (Nicht amtlich.) „Recht Parisien“ meldet aus West: Der Fischdampfer „St. Mathieu“ wurde nach heftigem Feuerkampfe von einem U-Boot versenkt.

Minen in australischen Gewässern.

WTB. Bern, 15. Jan. (Nicht amtlich.) In einer Melbourne Meldung der in Paris erscheinenden „Chicagoer Tribune“ kündigt die australische Admiralität an, daß letzthin eine Anzahl Rauffahrtsschiffe von großem Tonnengehalt in den australischen Gewässern durch treibende Minen vernichtet wurden.

Deutsche Seekreuzerkräfte nördlich der Themsemündung.

WTB. Berlin, 16. Jan. (Amtlich.) Am 14. und 15. Januar unternahm leichte deutsche Seekreuzerkräfte einen Streifzug durch die sübliche Nordsee.

Deutschland und der Krieg.

WTB. Stuttgart, 16. Jan. (Nicht amtlich.) Wie wir erfahren, wird die württembergische Ständeversammlung im Laufe des Februar einberufen werden.

Vizekanzler von Payer.

WTB. Köln, 16. Jan. (Nicht amtlich.) Die „Köln. Ztg.“ meldet aus Stuttgart vom 15. Jan.: Der Zustand des Vizekanzlers von Payer hat sich, wie wir hören, soweit gebessert, daß er voraussichtlich noch in diesem Monat seine Tätigkeit in Berlin wieder aufnehmen kann.

Caillaux' Verhaftung.

— Genf, 15. Jan. Ueber die Verhaftung Caillaux' liegen in den Pariser Abendblättern von gestern und in den Lyoner Zeitungen von heute Nacht 1. Febr. noch folgende Einzelheiten vor:

Der alte Graf ging weiter, Horres war es so, als hätte der sehr zufrieden mit sich und der Welt eben aufgelacht... Der hatte gut lachen! Denn die ersten Zeppeline waren gerade über Paris erschienen.

Und richtig, drei Tage später erhielt er den Befehl, mit dem neuesten, soeben fertiggestellten Luftschiff irgendwohin nach Norddeutschland aufzubrechen, da befand sich ein großes Versuchsfeld.

Dort war der Dienst wesentlich interessanter, die besten Köpfe waren an der Arbeit, der deutschen Luftschiffahrt eine noch größere Kampffähigkeit zu verleihen.

leit mehreren Tagen in der „Humanität“ und anderen Zeitungen gerüchtheilte von ihr gesprochen.

Die Verhaftung meines Mannes ist mir unerträglich und ich weiß nicht, ob sie auf die Befreiung eines Kassenfrances zurückzuführen ist, den er in Florenz gemietet hatte, und der offenbar auf Antrag der französischen Justiz von den italienischen Behörden geöffnet worden ist.

— Berlin, 17. Jan. Der „Vossischen Zeitung“ zufolge läßt Clemenceau in der Presse erklären, die Depêche des amerikanischen Staatssekretärs Lansing, die zur Verhaftung Caillaux' geführt hat, werde veröffentlicht werden.

Der Fall Caillaux vor der Deputiertenkammer.

WTB. Paris, 16. Jan. (Nicht amtlich.) Ag. Havas. Die Kammer erörterte die Interpellation des Sozialisten Lafont über die Maßnahmen, die die Regierung zu treffen gedenke um den Rechtsgrundlagen in der Angelegenheit der Unterjagung im Falle Caillaux Achtung zu verschaffen.

Ministerpräsident Clemenceau antwortete vor seinem Blase aus, er könne Lafont daselbst antworten, was Lafont ihm gesagt habe, nämlich, daß die französische Justiz nur auf französischem Gebiete kompetent sei.

Die Einlage, von der Regierung angenommene Tagesordnung wurde mit 268 gegen 105 Stimmen angenommen.

Permiskates.

# Karlsruhe, 17. Jan. In Rassel stark am 15. ds. Mts. der aus Baden stammende ehemalige Direktor der Kaiserer Galerie, Kunstmaler und Professor Carl Brinner. Erst kürzlich hatte der Verstorbenen sein 70. Lebensjahr vollendet, aus welchem Anlaß die ganze Presse mit herzlichen Worten seiner Person und seiner Verdienste gedacht hatte.

WTB. Berlin, 16. Jan. (Nicht amtlich.) In einem Werte der Allgem. Elektr.-Gesellschaft, Brunnenstraße 107, entstand gestern vormittag aus unbekannter Ursache eine schwere Explosion.

WTB. Saarbrücken, 16. Jan. (Amtlich.) Der Unfallereignis 243 ist heute morgen bei Allen umföge Dammerschiffes entgleist. Maschine, Packwagen und zwei Personenwagen sind abgestürzt, es gab Tote und Verletzte.

WTB. Budapest, 16. Jan. (Nicht amtlich.) In Umina Banja, Komitat Krassó Secerenz, hat im Hungaria-Schacht, in dem 200 Arbeiter beschäftigt waren, eine Explosion stattgefunden.

weile besorgten das die Franzosen, der Rest seiner Herrlichkeit läge im Kriegsgebiet. Er hatte wegen „andauernder Beschäftigungslosigkeit“ den Antrag gestellt, nunmehr in seiner Eigenschaft als Reserveoffizier der Feldartillerie eingestellt zu werden.

„n neues Nordwerkzeug, lieber Horres! Leichterlich sehen die Bomben da, die jetzt in unseren Rahn verstaubt werden, nicht viel anders aus als die alten.

„Nur so ein guter — oder schlechter Gedanke von mir — einzuweisen! Aber was nützt ich, kann ja noch werden, nicht wahr? Ja, also diese Bomben sollen wir auf den zementierten Kästen runterlassen, der an dem Rande des bewußten Kletterwährens aufgeführt worden ist, allerlei Panzerplatten sind da auch eingebaut worden!

(Fortsetzung folgt.)

Badische Chronik.

Karlsruhe, 17. Jan. Das Ministerium des Innern erlaßt in den amtlichen Verkündigungsblättern eine Bekanntmachung, wonach für das Ergreifen der Inzassen feindlicher Flugzeuge eine Belohnung bis zum Betrage von 1000 Mark ausgesetzt wird.

Beurlaubung, 16. Jan. Die größte und eindrucksvollste vaterländische Versammlung, die in Bruchsal jemals stattgefunden hat, fand am letzten Montag im Katterhofsaal statt.

Wintersdorf b. Raibach, 16. Jan. Die Ehefrau des Streckenwärters Käfer wurde, als sie vor dem heranahenden Schneeluge auf das andere Gleis trat, von einem aus der entgegengesetzten Richtung kommenden Güterzug erfasst und sofort getötet.

Bühl, 16. Jan. Der Privatier Ludwig Mapp hat zu Wohltätigkeitszwecken 12000 Mark hinterlassen. Davon sollen 6000 Mark für den diesjährigen Armen- und Waisenfonds, 3000 Mark zur Unterstützung armer Erstkommunikanten von hier, 2000 Mark zum gleichen Zweck für Rappelsbüchel verwendet werden.

Vom badischen Landtag.

Karlsruhe, 17. Jan. Die neugebildete Kommission für Ernährungsfragen der 2. Kammer wählte Abg. Stöcker (Soz.) zum Vorsitzenden, Abg. Koelsch (natlib.) zu dessen Stellvertreter und Abg. Wälchli (K. V.) zum Schriftführer.

Karlsruhe, 17. Jan. Die Schulkommission der 2. Kammer hielt gestern nachmittag eine Sitzung und beschloß für die Anträge, wie auch für die Vorschläge des Bad. Lehrervereins und die vom Unterrichtsministerium zu erwartenden Vorschläge über die Abänderung des Gesetzes über das Fortbildungsgeldwesen nur einen Berichterstatter zu bestellen und zwar damit den Abg. Rohrbach (nat-lib.) zu betrauen.

Karlsruhe, 17. Jan. Am heutigen Donnerstag nachmittag wird sich eine Reihe von Abgeordneten in das Gebäude der Bad. Landwirtschaftskammer begeben, wo sie Direktor Dr. Müller über die Tätigkeit der Landwirtschaftskammer unterrichten wird.

Die Präsidentenwahl in der 2. Kammer. Karlsruhe, 17. Jan. Aus parlamentarischen Kreisen hören wir, daß die Neuwahl des Präsidenten der 2. Kammer, die durch die Ernennung des Abg. Dr. Jechter zum Oberlandesgerichtspräsidenten und durch sein Ausscheiden aus der 2. Kammer nötig wird, erst dann erfolgen wird, wenn Dr. Jechter sein neues Amt anreten wird.

Budgetkommission der Zweiten Kammer. Karlsruhe, 17. Jan. Die Budgetkommission der 2. Kammer trat gestern nachmittag in die Beratung des Voranschlags des Ministeriums des Innern ein.

Abstimmung über die Anforderung von 800 000 Mk. für die Jahre 1918/19 zur Erhöhung der Zivilliste. Für die Erhöhung stimmten die Nationalliberalen und ein Teil des Zentrums, dagegen die Mitglieder der Fortsch. Volkspartei und der Sozialdemokratie.

Aus der Residenz.

Karlsruhe, 17. Januar. S. A. S. der Großherzog hörte gestern vormittag den Vortrag des Geheimen Legationsrats Dr. Senf.

S. A. S. die Großherzogin Luise hat 1000 M., die ihr zur Verfügung gestellt wurden, dem Badischen Landesausföhrer von Deutschlands Spende für Sänglinge und Kleinfinderkinder überwiesen.

Bei Fliegeralarm ist folgendes zu beachten: Deckung suchen — Lichter, die einen Schein nach außen werfen, auslöschen — Haustüren öffnen — Straße nicht wieder betreten, bevor die Schlußkette ertönt oder der Straßenbahnbetrieb wieder aufgenommen ist.

Große Störungen im Telefonverkehr. Der orkanartige Sturm, der während des ganzen Mittwoch herrschte, hat zu großen Störungen im Fernsprechverkehr geführt.

Generalversammlung. Mit satzungsgemäßer Tagesordnung fand die Generalversammlung der Badischen Zeitung am Sonntag, den 17. Januar 1918 an den Herrn I. Vorstehenden einmütigen Beschlusses.

Palast-Lichtspiele. Herrensstraße, Telefon 2502. Kasseneröffnung 1/3 Uhr. Anfang 3 Uhr. Nur noch 2 Tage. Waldemar Psilander und Elba Thomsen in Das zweite Ich. Schauspiel in 3 Akten. Spielleitung: Holger-Madsen.

Dankjagung. In Ehren für die Sammlung zugunsten des Roten Halbmonds sind weiter eingegangen: Prof. G. Kratt, Baden-B. 1, Strüder u. O. 25, Samstag-Club-Gesellschaft Hotel National 20, Wols 5, Rentner Fritz Vogt 50, Bad. Presse, von Linen 3, Privatm. Red. 10, M. H. 2, Aktiengesellschaft Badenia 10.

Badischer Leib-Grenadier-Berein Karlsruhe, G. V. Professor: S. Maj. Hohheit der Großherzogin v. Baden. Samstag, den 9. Februar d. J., abends 7 1/2 Uhr, findet im Restaurant 'Goldener Adler', Karl-Friedrichstr. 12 hier, großer Saal, die ordentliche Generalversammlung statt.

Einladung. Kommend' n Sonntag, den 20. d. Mts., nachmittags 3 Uhr, findet im Hotel 'Rastauer Hof' (gegenüber dem alten Bahnhof) eine Viehhändler-Versammlung statt, wozu alle freundlich eingeladen werden.

Papier. Wir kaufen jede Menge altes Papier, Zeitungen, Briefschaften, Bücher, Papierabfälle aller Art. Das Papier wird nicht weiter verkauft, sondern direkt der Verwertung zu neuem Papier zugeführt.

Perferteppiche. einige Prachtstücke von Privat, weit unter den heutigen Preisen, möglichst in einem Bollen zu verkaufen. Angebote unter Nr. 51762 an die Geschäftsstelle der 'Badischen Presse'.

Wer erteilt einer 12-jährigen Schülerin der Fichtelschule Nachhilfe im Französischen? Angebote unter Nr. 51768 an die Geschäftsstelle d. Bad. Presse.

Die Reinigung der Straßen und Gehwege. Na. Karlsruhe, 17. Jan. In den letzten Wochen wurde vielfach geklagt über den schlechten Zustand der Straßen- und Gehwege. Bei Schneefall blieb der Schnee an manchen Stellen oft tagelang liegen, bei Glätte bildeten die von der Jugend angelegten Schlotsen große Gefahr für die Fußgänger.

LUXEUM-Lichtspiele. Kaiserstraße 108. Telefon 3965. Nur noch heute und morgen. 'Das Geschlecht der Scheime' Schauspiel in 5 Akten nach dem bekannten Roman von Fedor v. Zobeltitz.

Piano. auf längere Zeit zu leihen gesucht. Angebote unter Nr. 51670 an d. Geschäftsstelle der 'Bad. Presse'. Klavier u. Klavierstuhl zu kaufen gesucht.

Großherzogliches Hoftheater zu Karlsruhe. Donnerstag, den 17. Januar 1918. A. 29. Das Glöckchen des Kremfens. Komische Oper in 3 Akten.

Perferteppiche. einige Prachtstücke von Privat, weit unter den heutigen Preisen, möglichst in einem Bollen zu verkaufen. Angebote unter Nr. 51762 an die Geschäftsstelle der 'Badischen Presse'.

Wer erteilt einer 12-jährigen Schülerin der Fichtelschule Nachhilfe im Französischen? Angebote unter Nr. 51768 an die Geschäftsstelle d. Bad. Presse.

Piano. auf längere Zeit zu leihen gesucht. Angebote unter Nr. 51670 an d. Geschäftsstelle der 'Bad. Presse'. Klavier u. Klavierstuhl zu kaufen gesucht.

